

Digitaler Handel: Indien fordert Zölle im Internet

von Maximilian Henning und Alexandra Ketterer

[3]

Industriestaaten verhandeln hinter verschlossenen Türen über Regeln für den digitalen Welthandel. Indien und andere Entwicklungsländer kritisieren das scharf: Sie fordern Gespräche im Rahmen der Welthandelsorganisation – und drängen auf eine Abschaffung eines 20 Jahre alten Verbots von digitalen Zöllen.

Noch ist Sommerpause in Genf. Doch in wenigen Wochen beginnen am Hauptsitz der Welthandelsorganisation [WTO](#) [4] Diplomaten aus aller Welt erneut Gespräche über die Zukunft des digitalen Welthandels – hinter verschlossenen Türen und fast unbemerkt von der globalen Öffentlichkeit. Unter dem vagen Titel „e-Commerce“ sprechen [Vertreter dutzender Staaten](#) [5] über Schritte zur Netzregulierung.

Dabei ein heißes Thema: das [Verbot von Zöllen auf Datenverkehr](#).

Während für physische Waren an der Grenze Zölle fällig werden, ist der Handel von digitalen Gütern im Netz bisher [weitgehend schrankenlos](#). Doch dagegen regt sich Widerstand. Digitalkonzerne wie Google oder Facebook verkaufen weltweit ihre Dienste wie digitale Werbung, die Profite fließen in reiche Staaten zurück. Aus Sicht von NGOs verschärft das die globale Schere zwischen Arm und Reich.

Mehrere Abkommen der WTO geben dem Internet grundsätzliche Handelsregeln. Die grundlegendste ist die [Declaration on Global Electronic Commerce](#) [6] von 1998. In diesem Jahr wurde das Unternehmen Google gegründet, Mark Zuckerberg war gerade einmal 14 Jahre alt.

Die Erklärung verbietet Zölle auf den Transfer von Daten über Grenzen, sie muss alle zwei Jahre verlängert werden. Zuletzt geschah das 2017 in Buenos Aires, bei der elften WTO-Ministerkonferenz.

► Entwicklungsländer sind nicht dabei

Das Verbot von Zöllen sei ein Freifahrtschein für Konzerne aus China und den USA, Daten von Entwicklungsländern auszubeuten, diese in Steuerparadiesen zu verarbeiten und die Ergebnisse wieder an den globalen Süden zu verkaufen, [sagte Parminder Jeet Singh](#) [7]. Singh [berät die indische](#) [8] Regierung bei digitalen Fragen und ist Gründer der NGO IT for Change, die einen [offenen Brief](#) [9] gegen die Verhandlungen in Genf unterzeichnete.

Derzeit verhandelt in Genf ein Club von 76 Staaten, die restlichen der 164 WTO-Staaten bleiben außen vor. Die Gespräche laufen seit Mai. Singapur, Australien und Japan, die offiziellen Veranstalter, treiben sie voran. Ebenfalls sehr aktiv: die USA. Die Entwürfe der EU und der USA fordern, Digitalzölle [permanent zu verbieten](#).

Indien, Südafrika und andere Entwicklungsländer sind bei den Verhandlungen nicht dabei. Ihrer Meinung nach haben die Verhandlungen kein Mandat. Sie fordern deshalb, dass über digitalen Handel in den entsprechenden WTO-Gremien geredet werden soll.

Auch NGOs sind über die Genfer Gespräche erbost. [Eine selbsterwählte Gruppe von Ländern hat es auf sich genommen, die Regeln der Welthandelsorganisation zum Handel mit Dienstleistungen in einer Weise neu zu schreiben, die tief in das nationale Recht auf Selbstregulierung eingreift](#), [kritisierte Deborah James](#) [10], Leiterin des Thinktanks Center for Economic and Policy Research ([CEPR](#) [11]).

► Europa als abschreckendes Beispiel

Indien sieht in den Verhandlungen [einen Versuch](#) [12], Ungleichheiten zu verfestigen und auszubauen. Die indische und weitere Regierungen befürchten, dass das Moratorium auf Digitalzölle von 1998 nun permanent festgeschrieben werden könnte. Das wird als Einschränkung der Souveränität empfunden und soll Staaten des globalen Südens laut [Schätzung der UN](#) [13] allein 2017 zehn Milliarden Dollar gekostet haben.

Als Beispiele für digitale Güter nennt die UN-Studie Musikstreaming, Onlinespiele oder Clouddienste. In jedem dieser Sektoren sind Konzerne aus den USA oder China dominant, ihre Profite aus dem globalen Süden fließen fast vollständig dahin ab. Als Beispiel für die Umsetzbarkeit von Digitalzöllen [nennen Indien und Südafrika](#) [14] auch eine EU-Mehrwertsteuer auf digitale Dienstleistungen aus dem Ausland.

In Indien wird indes eine nationale [e-Commerce-Richtlinie diskutiert](#) [15]. Sie [soll die](#) [16] „Flexibilität beim Erheben von Zöllen auf elektronische Übertragungen schützen“, um „[einheimische Industrie zu schützen und Technologie zu nutzen, um Arbeit und Wohlstand zu schaffen](#)“ – ein klassisch protektionistischer Ansatz.

Im globalen Süden ist die Idee unter Wirtschaftstreibenden beliebt. Indien und afrikanische Staaten müssten ein eigenes Digital-Ökosystem aufbauen, um den falschen Weg Europas zu vermeiden, sagte Bob van Dijk [in einem Interview](#) [17] mit einer indischen Zeitung. Van Dijk ist Vorsitzender des größten afrikanischen Medienkonzerns Naspers. [„Wenn ich ehrlich bin, denke ich, dass Europa eine digitale Kolonie der USA ist.“](#)

Die Idee digitaler Zölle erhält auch in Europa [EU] Zuspruch. Im Januar sprach sich selbst der damalige EU-Spitzenkandidat der Konservativen [Manfred Weber](#) [18], dafür aus. [Ich könnte mir eine digitale Eintrittsgebühr für Europa vorstellen, eine Art Zoll auf digitale Dienstleistungen, wenn sie auf dem europäischen Markt Geschäfte machen wollten](#), sagte Weber laut einem [Bericht der FAZ](#) [19].

► Pazifikstaaten fordern Freihandel

Der Entwurf der USA für die Verhandlungen in Genf ist nicht öffentlich, ähnelt aber in Teilen schon bestehenden [Abkommen mit Kanada und Mexiko](#) [20] und des [gescheiterten TPP-Abkommens](#) [21] zwischen den USA und den Pazifik-Staaten.

Der indische Journalist D. Ravi Kanth [veröffentlichte den Entwurf](#) [22] der USA in Auszügen. [Diese Verhandlungen haben die Absicht, die Verpflichtungen von TPP durch die Hintertür einzuführen](#), sagte Kanth zu [netzpolitik.org](#). Die Verbündeten der USA unter den reichen Staaten, darunter Singapur, Australien und Japan, haben ähnliche Positionen. Das Stichwort: Freihandel. Staaten sollen „[unnötige Regulierungslasten vermeiden](#)“, so der US-Entwurf.

TPP scheiterte am Widerstand in den USA, es gibt aber ein Nachfolgeabkommen: [CPTPP](#) [23], das Comprehensive and Progressive Agreement for Trans-Pacific Partnership. Die USA sind zwar offiziell kein Teil dieser Freihandelszone, handeln aber aktuell mit vielen Mitgliedstaaten Verträge aus, die die Bestimmungen von TPP praktisch übernehmen. Ein gerade geschlossenes [Abkommen mit Japan](#) [24] zum Beispiel verbietet Zölle auf digitale Dienstleistungen.

► EU gegen absoluten Quellcode-Schutz

Während die großen Industriemächte sich bei Zöllen einig sind, gibt es an anderer Stelle Unstimmigkeiten. Die USA wollen in dem neuen Regelwerk festschreiben, dass Unternehmen nicht dazu gezwungen werden können, den [Quellcode](#) [25] ihrer Programme offenzulegen. Das soll auch für Algorithmen von Giganten wie Google oder Facebook gelten.

Die Europäische Union sieht das anders: Sie fordert die grundsätzliche Möglichkeit für Gerichte oder Wettbewerbsbehörden, bei eventuellen Verstößen gegen das Wettbewerbsrecht Einsicht in Quellcode zu nehmen. In den vergangenen Jahren hat die EU in drei Wettbewerbsverfahren jeweils Milliardenstrafen gegen Google verhängt, ein weiteres [Verfahren gegen Amazon](#) [26] läuft. Der Vorstoß aus Europa, Gerichten und Behörden mehr Spielraum bei solchen Verfahren einzuräumen, dürfte den Plattformen wenig behagen.

Der Schutz von persönlichen Daten und Privatsphäre soll nach europäischem Wunsch als fundamentales Recht anerkannt werden, um das Vertrauen in die digitale Wirtschaft und den Handel zu fördern. [Im Entwurf der EU](#) [27] heißt es: „[Nichts in den vereinbarten Regelungen und Verpflichtungen darf den Schutz personenbezogener Daten und der Privatsphäre beeinträchtigen, der durch die jeweiligen Schutzmaßnahmen der Mitglieder gewährleistet ist.](#)“

Die EU sei die einzige Partei am Verhandlungstisch mit einem [menschenzentrierten Ansatz](#), sagt Léa Auffret, Handelsspezialistin vom Europäischen Verbraucherverband ([BEUC](#) [28]), zu [netzpolitik.org](#). So fordert die EU auch Maßnahmen gegen „[ungebetene kommerzielle elektronische Nachrichten](#)“, also [gegen Spam](#). Staaten sollen Abhilfe gegen Konzerne schaffen, die Spam verschicken, und Spam klar als solcher gekennzeichnet werden.

► Daten gerne überall speichern – außer in China

Wo die EU aber mit den USA übereinstimmen, ist bei der Wahl von Serverstandorten: Alle Unternehmen sollen grundsätzlich frei entscheiden dürfen, wo ihre Server welche Daten speichern und verarbeiten. Im [Gegensatz zum geplanten](#) [29] Freihandelsabkommen TiSA würden besondere EU-Regelungen, zum Beispiel das [Privacy-Shield-Abkommen mit den USA](#) [30], aber wahrscheinlich weiter Anwendung finden. Darin sichern die USA der EU zu, personenbezogene Daten von europäischen Bürgern auf amerikanischen Servern EU-Standards entsprechend zu schützen. Bei anderen WTO-Mitgliedern will die EU solche Vorschriften aber anscheinend nicht zulassen.

Wenn nun zahlreiche Staaten dazu übergingen, Unternehmen zu zwingen, ihre Daten innerhalb des eigenen Staatsgebiets zu speichern, dann würden die Unternehmen diese Staaten wegen der erhöhten Kosten und Risiken meiden, [warnt Japan](#) [31].

China hingegen [pocht auf Rechenzentren](#) [22] innerhalb seiner Grenzen. Natürlich [geht das in China weit über rein ökonomische Interessen hinaus](#), sagte Chiara Miglioli, Handelsexpertin der

Grünen im Europaparlament, zu netzpolitik.org. „Wir müssen extrem vorsichtig mit Chinas Positionen sein, weil sie immer ihre Praktiken der Massenüberwachung untermauern werden!“

► Ergebnis ist offen

Die Verhandlungen sollen im September weitergehen und schon nächstes Jahr abgeschlossen sein. Ihre möglichen Ergebnisse sind bisher nicht absehbar.

Die Verbraucherschützerin Auffret kritisiert den intransparenten Ablauf. Momentan gebe es keine Kontrolle gegen schrankenloses Lobbying, niemand bis auf die Teilnehmenden wisse, wer mit am Tisch sitzt. „Natürlich könnte es Mittagessen oder Events mit Interessenvertretern am Rand der Verhandlungen geben!“

Der Konsumentenverband BEUC fordert die EU-Kommission auf, öffentlich über die Verhandlungen zu informieren. Auf Anfrage teilte die Kommission mit, dass sie regelmäßig Zivilgesellschaft, Industrie und andere Interessenvertreter zum Stand der Verhandlungen informiere. Dabei verwies sie auf ein Briefing, dass im Februar stattfand [32].

Sind die Verhandlungen einmal abgeschlossen, könnten die Ergebnisse als Vereinbarung zu e-Commerce oder als Paket von Verpflichtungen festgehalten werden. Alle Optionen sind auf dem Tisch: „Es wird ein großes Durcheinander sein“, sagte ein WTO-Insider zu netzpolitik.org. Die EU fordert [33], die Ergebnisse in das Regelwerk der WTO aufzunehmen. Das wäre dann für alle Mitglieder verpflichtend.

Die Zeit drängt: Im Dezember wird die nächste Erneuerung des Moratoriums für Digitalzölle fällig. Indien, Südafrika oder andere Entwicklungsländer könnten entscheiden, das Abkommen nicht erneut zu verlängern. Danach könnte es theoretisch Zollschränken im Internet geben. Nach Ansicht des indischen Journalisten Kanth ist das eine „ernsthafte Möglichkeit“.

Maximilian Henning und Alexandra Ketterer

Maximilian Henning studiert Geschichte und Germanistik in Freiburg und ist momentan Praktikant bei netzpolitik.org. Er interessiert sich für selbstorganisierte Onlinearbeit und Arbeitskampf in der Plattform-Ökonomie, digitalen Kolonialismus und das Internet im normalen Leben (gibt's da einen Unterschied?). Zu erreichen unter maximilian.henning@netzpolitik.org

Alexandra Ketterer studiert Kreatives Schreiben und Kulturjournalismus in Hildesheim. Als freie Mitarbeiterin arbeitet sie für den Tagesspiegel und ist Redaktionsmitglied von litradio.net. Sie interessiert sich für Pop- und Netzkultur, maschinelles Lernen und digitale Rechte. Bis September unterstützt sie netzpolitik.org als Praktikantin und beantwortet Mails unter Alexandra.Ketterer@netzpolitik.org

netzpolitik.org ist eine Plattform für digitale Freiheitsrechte. Die Betreiber und deren Autoren thematisieren die wichtigen Fragestellungen rund um Internet, Gesellschaft und Politik und zeigen Wege auf, wie man sich auch selbst mithilfe des Netzes für digitale Freiheiten und Offenheit engagieren kann. Mit netzpolitik.org beschreiben sie, wie die Politik das Internet durch Regulation verändert. Und wie das Netz Politik, Öffentlichkeiten und alles andere verändert. Sie verstehen sich als journalistisches Angebot, sind jedoch nicht neutral. Ihr Haltung ist: Engagement für digitale Freiheitsrechte und ihre politische Umsetzung.

[3]

► **Quelle:** Erstveröffentlicht am 28. August 2019 auf NETZPOLITIK.org >> Artikel [34]. **Lizenz:** Die von NETZPOLITIK verfassten Inhalte stehen, soweit nicht anders vermerkt, unter der Lizenz Creative Commons (Namensnennung - Nicht-kommerziell - Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 International (CC BY-NC-SA 4.0) [35]). Die Bilder im Artikel sind **nicht** Bestandteil des Originalartikels und wurden von KN-ADMIN Helmut Schnug eingefügt. Für sie gelten ggf. andere Lizenzen, s.u..

► Bild- und Grafikquellen:

1. Tastatur mit blauer E-Commerce-Taste. Foto/Grafik: TheDigitalArtist / Pete Linforth. **Quelle:** Pixabay [36]. Alle bereitgestellten Bilder und Videos auf Pixabay sind gemeinfrei (Public Domain) entsprechend der Verzichtserklärung Creative Commons CC0 [37]. >> Grafik [38].

2. Amazon betreibt massiv Steuervermeidung trotz Milliarden Umsätze und Gewinne, während sein Boss Jeff Bezos in Milliarden USD Privatvermögen schwimmt und Amazon-Mitarbeiter auf perfide Weise geknechtet und ausgebeutet werden. **Karikatur:** Gwydion M. Williams. **Quelle:** Flickr [39]. **Verbreitung** mit CC-Lizenz Namensnennung 2.0 Generic CC BY 2.0 [40]).

3. FOLLOW US-SHEEP. Van Dijk, Vorsitzender des größten afrikanischen Medienkonzerns Naspers: „Wenn ich ehrlich bin, denke ich, dass Europa eine digitale Kolonie der USA ist.“ **Quelle:** Punkslut.com > Grafikinfoseite. This image came from The Anti-Nationalism and Anti-Patriotism Graphics Library [41] > This image came from www.miniaturegigantic.com. Original CopyLeft Notice from MiniatureGigantic.com: "The wide public distribution of the posters provided here is encouraged, but reproduction is limited to noncommercial use. Any commercial reproduction or redistribution is expressly prohibited." by Jonathan McIntosh > Grafik [42].

4. Amazon? nein, danke! Illustrationen von Rotraut Susanne Berner [43], Grafikerin, Illustratorin und Kinderbuchautorin. > Berners blog [44].

► Was viele nicht wissen: der deutsche

Buchhandel hat den besten Liefer- und Bestellservice der Welt. Jede Buchhandlung kann (fast immer) von einem auf den anderen Tag bestellte Bücher oder CDs liefern. Und das ganz ohne Monopolstellung, schlecht bezahltes Personal oder Stress für Paketboten und Nachbarn. Und ist es nicht sowieso viel schöner, mal wieder in die Buchhandlung um die Ecke reinzuschauen, zu stöbern und in echten Büchern zu blättern, als immer nur vor dem Bildschirm zu sitzen?

Wir hätten ja alle als Verbraucher ungeheure Möglichkeiten gegen die Monopolisten und gegen die oben genannten Entwicklungen. Schade, dass die Bequemlichkeit größer ist als unser gesunder Menschenverstand. Der homo sapiens ist dumm«. (Rotraut Susanne Berner, 80799 München, Schwabing-West.)

5. Foto: QuinceMedia / 3D Animation Production Company, Varvarin/Serbia. **Quelle:** Pixabay [36]. Alle bereitgestellten Bilder und Videos auf Pixabay sind gemeinfrei (Public Domain) entsprechend der Verzichtserklärung Creative Commons CC0 [37]. >> Foto [45].

[36]

6. Lobbyismus, Lobbying oder Lobbyarbeit ist eine aus dem Englischen (lobbying) übernommene Bezeichnung für eine Form der Interessenvertretung in Politik und Gesellschaft, bei der Interessengruppen („Lobbys“) vor allem durch die Pflege persönlicher Verbindungen die Exekutive, die Legislative und andere offizielle Stellen zu beeinflussen versuchen. Knapp 80 Prozent der Termine hochrangiger Regierungsmitglieder mit Interessenvertretern zur ePrivacy-Verordnung fanden mit Abgesandten aus der Wirtschaft statt. Deshalb die Forderung: **No Lobbyists Beyond This Point.** **Foto / Photo:** Daniel Huizinga. **Quelle:** Flickr [46]. **Verbreitung** mit CC-Lizenz Namensnennung 2.0 Generic CC BY 2.0 [40]).

7. OHNE Amazon. Grafik: freie Verwendung. Herzlichen Dank an AG Küste - c/o Elisa Rodé > weiter [47].

Quell-URL: <https://kritisches-netzwerk.de/forum/digitaler-handel-indien-fordert-zoelle-im-internet>

Links

- [1] <https://kritisches-netzwerk.de/user/login?destination=comment/reply/8163%23comment-form>
- [2] <https://kritisches-netzwerk.de/forum/digitaler-handel-indien-fordert-zoelle-im-internet>
- [3] <https://netzpolitik.org/>
- [4] <https://de.wikipedia.org/wiki/Welthandelsorganisation>
- [5] <https://ustr.gov/sites/default/files/files/Press/Releases/Joint%20Statement%20on%20Electronic%20Commerce.pdf>
- [6] https://www.wto.org/english/tratop_e/ecom_e/mindec1_e.htm
- [7] <https://www.newsclick.in/global-rich-gathered-davos-push-rules-enabling-digital-colonisation>
- [8] <https://www.forbes.com/sites/meghabahree/2019/02/26/indias-battle-for-control-of-data-from-e-commerce/>
- [9] https://ourworldisnotforsale.net/2019/Digital_trade_2019-04-01-en.pdf
- [10] https://ourworldisnotforsale.net/2018/ALAI_ministerial_results.pdf
- [11] <http://cepr.net/>
- [12] <https://cdn.netzpolitik.org/wp-upload/2019/08/WORK-PROGRAMME-ON-ELECTRONIC-COMMERCE-E-COMMERCE-MORATORIUM-AND-IMPLICATIONS-FOR-DEVELOPING-COUNTRIES.pdf>
- [13] https://unctad.org/en/PublicationsLibrary/ser-rp-2019d1_en.pdf
- [14] https://ec.europa.eu/taxation_customs/sites/taxation/files/information_microbusinesses_euvat_2015_en.pdf
- [15] <https://www.medianama.com/2019/08/223-draft-e-commerce-guidelines-for-consumer-protection-2019-summary/>
- [16] https://www.pmindiaun.gov.in/pdf/Indias_Statement_TNC_HoDs_03_May_20191.pdf
- [17] <https://economictimes.indiatimes.com/small-biz/startups/newsbuzz/india-should-never-be-a-digital-colony-like-europe-naspers-ceo-bob-van-dijk/articleshow/63074511.cms>
- [18] [https://de.wikipedia.org/wiki/Manfred_Weber_\(Politiker\)](https://de.wikipedia.org/wiki/Manfred_Weber_(Politiker))
- [19] <https://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/netzkonzferenz-dld/manfred-weber-fordert-auf-dld-digitale-zoelle-fuer-europa-15999919.html>
- [20] <https://usmca.com/digital-trade-usmca-chapter-19/>
- [21] <https://netzpolitik.org/2012/eff-tpp-geht-gefährlich-weit-über-acta-hinaus/>
- [22] <https://twn.my/title2/wto.info/2019/ti190501.htm>
- [23] https://de.wikipedia.org/wiki/Comprehensive_and_Progressive_Agreement_for_Trans-Pacific_Partnership
- [24] <https://asia.nikkei.com/Politics/International-relations/Japan-and-US-break-new-ground-on-free-digital-trade>
- [25] <https://de.wikipedia.org/wiki/Quellentext>
- [26] <https://netzpolitik.org/2019/amazon-und-das-naechste-grosse-ding-eu-kommission-eroeffnet-wettbewerbsverfahren-gegen-den-konzern/>
- [27] http://trade.ec.europa.eu/doclib/docs/2019/may/tradoc_157880.pdf
- [28] https://de.wikipedia.org/wiki/Europ%C3%A4ischer_Verbraucherverband
- [29] <https://netzpolitik.org/2016/neue-tisa-leaks-handelsinteressen-gehen-vor-datenschutz-netzneutralitaet-und-it-sicherheit/#standort>
- [30] <https://netzpolitik.org/2017/privacy-shield-eu-datenschutz-kritisieren-mechanismus-zum-datenaustausch-mit-den-usa/>
- [31] https://docs.wto.org/dol2fe/Pages/FE_Search/FE_S_S009-SSD.aspx?

language=EF&CatalogueIdList=244471&CurrentCatalogueIdIndex=0&FullTextHash=371857150&HasEnglishRecord=True&HasFrenchRecord=True&HasSpanishRecord=True

[32] https://trade.ec.europa.eu/doclib/docs/2019/february/tradoc_157703.pdf

[33] <https://trade.ec.europa.eu/civilsoc/meetdetails.cfm?meet=11531>

[34] <https://netzpolitik.org/2019/digitaler-handel-indien-fordert-zoelle-im-internet/#spendenleiste>

[35] <https://creativecommons.org/licenses/by-nc-sa/4.0/deed.de>

[36] <https://pixabay.com/>

[37] <https://creativecommons.org/publicdomain/zero/1.0/deed.de>

[38] <https://pixabay.com/illustrations/shopping-online-ecommerce-internet-4360296/>

[39] <https://www.flickr.com/photos/45909111@N00/30163232778/>

[40] <https://creativecommons.org/licenses/by/2.0/deed.de>

[41] <http://www.punkerslut.com/graphics-library-of-revolution-and-social-justice/anti-nationalism-and-anti-patriotism.php>

[42] <http://www.miniaturegigantic.com/465.html>

[43] https://de.wikipedia.org/wiki/Rotraut_Susanne_Berner

[44] <https://rsbuecher.blogspot.de/2014/06/amazon-nein-danke.html>

[45] <https://pixabay.com/photos/ecommerce-online-shopping-marketing-3563183/>

[46] <https://www.flickr.com/photos/dhuiz/14681461476>

[47] <https://ohneamazon.wordpress.com/>

[48] <https://kritisches-netzwerk.de/tags/alexandra-ketterer>

[49] <https://kritisches-netzwerk.de/tags/beuc>

[50] <https://kritisches-netzwerk.de/tags/bob-van-dijk>

[51] <https://kritisches-netzwerk.de/tags/center-economic-and-policy-research>

[52] <https://kritisches-netzwerk.de/tags/chiara-miglioli>

[53] <https://kritisches-netzwerk.de/tags/china>

[54] <https://kritisches-netzwerk.de/tags/comprehensive-and-progressive-agreement-trans-pacific-partnership>

[55] <https://kritisches-netzwerk.de/tags/cptpp>

[56] <https://kritisches-netzwerk.de/tags/d-ravi-kanth>

[57] <https://kritisches-netzwerk.de/tags/deborah-james>

[58] <https://kritisches-netzwerk.de/tags/declaration-global-electronic-commerce>

[59] <https://kritisches-netzwerk.de/tags/digitaler-handel>

[60] <https://kritisches-netzwerk.de/tags/digitale-guter>

[61] <https://kritisches-netzwerk.de/tags/digitale-zolle>

[62] <https://kritisches-netzwerk.de/tags/digitalkonzerne>

[63] <https://kritisches-netzwerk.de/tags/digitalzolle>

[64] <https://kritisches-netzwerk.de/tags/e-commerce>

[65] <https://kritisches-netzwerk.de/tags/e-commerce-richtlinie>

[66] <https://kritisches-netzwerk.de/tags/europaischer-verbraucherverband>

[67] <https://kritisches-netzwerk.de/tags/freihandel>

[68] <https://kritisches-netzwerk.de/tags/freihandelsabkommen>

[69] <https://kritisches-netzwerk.de/tags/freihandelszone>

[70] <https://kritisches-netzwerk.de/tags/handelsregeln>

[71] <https://kritisches-netzwerk.de/tags/indien>

[72] <https://kritisches-netzwerk.de/tags/it-change>

[73] <https://kritisches-netzwerk.de/tags/lea-auffret>

[74] <https://kritisches-netzwerk.de/tags/manfred-weber>

[75] <https://kritisches-netzwerk.de/tags/masseneruberwachung>

[76] <https://kritisches-netzwerk.de/tags/maximilian-henning>

[77] <https://kritisches-netzwerk.de/tags/naspers>

[78] <https://kritisches-netzwerk.de/tags/netzregulierung>

[79] <https://kritisches-netzwerk.de/tags/parminder-jeet-singh>

[80] <https://kritisches-netzwerk.de/tags/privacy-shield-abkommen>

[81] <https://kritisches-netzwerk.de/tags/privatsphäre>

[82] <https://kritisches-netzwerk.de/tags/protektionismus>

[83] <https://kritisches-netzwerk.de/tags/quellcode>

[84] <https://kritisches-netzwerk.de/tags/tisa>

[85] <https://kritisches-netzwerk.de/tags/tpp>

[86] <https://kritisches-netzwerk.de/tags/tpp11>

[87] <https://kritisches-netzwerk.de/tags/welthandel>

[88] <https://kritisches-netzwerk.de/tags/welthandelsorganisation>

[89] <https://kritisches-netzwerk.de/tags/wettbewerbsrecht>

[90] <https://kritisches-netzwerk.de/tags/who>

[91] <https://kritisches-netzwerk.de/tags/zolle-im-internet>

[92] <https://kritisches-netzwerk.de/tags/zollschranken>